

**AMNESTY INTERNATIONAL** Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.  
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen  
T: +49 7151 28289 . F: +49 7181 43987 . E: [info@ai-el-salvador.de](mailto:info@ai-el-salvador.de)  
W: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>  
[https://twitter.com/AI\\_El\\_Salvador](https://twitter.com/AI_El_Salvador)  
<https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft  
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129



15. Oktober 2020

## AMERIKA: DIE COVID-19 PANDEMIE DARF KEIN VORWAND FÜR MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN SEIN

Die COVID-19-Pandemie hat die in der Region Amerika weit verbreitete Ungleichheit und Diskriminierung offengelegt. Während der Bekämpfung der Pandemie müssen die dortigen Staaten den Menschenrechten eine hohe Priorität einräumen, so Amnesty International in einem [offenen Brief](#) an die an der Generalversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) teilnehmenden Staatschefs.

"Die Strategie zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie ist in vielen Ländern Amerikas durch repressive Maßnahmen und unnötige Gewaltanwendung gekennzeichnet. Zusätzlich zu den strukturellen Herausforderungen und den massiven sozialen und wirtschaftlichen Gräben, die vor der Pandemie bestanden, führen diese Maßnahmen nur dazu, dass Ungleichheit und Diskriminierung auf dem ganzen Kontinent fortbestehen", sagte Erika Guevara-Rosas, Amerika-Direktorin bei Amnesty International.

In Ländern wie [El Salvador, Paraguay und Venezuela](#) haben die strengen Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 unter anderem dazu geführt, dass Zehntausende von Menschen in staatlichen Quarantäneeinrichtungen unter polizeilicher oder militärischer Kontrolle festgehalten wurden. Die Verhängung einer obligatorischen staatlich kontrollierten Quarantäne, ohne Klarheit über die Dauer der Maßnahme, in einer Umgebung, in der es an den minimalsten Vorkehrungen zur Infektionsprävention und -kontrolle fehlt, und ohne Garantien für unabhängige Verfahren in Übereinstimmung mit den internationalen Menschenrechtsvorschriften, könnte willkürliche Inhaftierung darstellen. Wenn Quarantäneeinrichtungen diskriminierende Situationen fördern und die Behörden keine angemessene Versorgung mit Wasser, Nahrung und medizinischer Versorgung gewährleisten, könnten diese Bedingungen zudem grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung und Verletzung des Rechts auf Gesundheit darstellen.

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



***"Die Strategie zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie ist in vielen Ländern Amerikas durch repressive Maßnahmen und unnötige Gewaltanwendung gekennzeichnet. Zusätzlich zu den strukturellen Herausforderungen und den massiven sozialen und wirtschaftlichen Gräben, die vor der Pandemie bestanden, führen diese Maßnahmen nur dazu, dass Ungleichheit und Diskriminierung auf dem ganzen Kontinent fortbestehen."***

sagte Erika Guevara-Rosas, Amerika-Direktorin bei Amnesty International.

Besonders Länder wie Chile und Nicaragua, in denen in den letzten Jahren Menschenrechtsverletzungen und sogar völkerrechtliche Verbrechen wie Folter begangen wurden, haben eine gemeinsame Pflicht, die Menschenrechte zu garantieren. Hier müssen die OAS-Mitgliedstaaten die zuständigen nationalen Behörden dazu drängen, solche Situationen ernsthaft und gründlich zu untersuchen.

Insbesondere für Nicaragua ist es unbedingt dringend, dass Maßnahmen ergriffen werden, um die Ausbreitung von COVID-19 im Land zu verhindern. Außerdem müssen Personen, die nur wegen der Ausübung ihrer Rechte inhaftiert sind, freigelassen werden und Maßnahmen ergriffen werden, um die im nicaraguanischen Gesundheitssystem tätigen Personen vor den Einschüchterungen zu schützen, die sie erleiden, weil sie mit der Regierungspolitik nicht einverstanden sind.

Die Zusammenarbeit zwischen den Staaten Amerikas muss darüber hinaus sicherstellen, dass medizinische Behandlungen zur Bekämpfung von COVID-19 sowie ein eventueller Impfstoff ohne Diskriminierung bestimmter Personengruppen zur Verfügung gestellt werden und zugänglich sind. Besondere Maßnahmen zur Unterstützung der Personengruppen müssen ergriffen werden, die am stärksten vom Virus bedroht sind oder aufgrund ihrer Randposition beim Zugang zu Impfstoffen oder Behandlungen benachteiligt werden könnten.

"Die Staaten Amerikas sollten ausschließlich nationale Ansätze bei der Zuteilung von medizinischen Behandlungen und eventuellen Impfstoffen gegen COVID-19 zu vermeiden. Die internationale Zusammenarbeit sollte sich darauf konzentrieren, die Auferlegung bilateraler Abkommen zu vermeiden, die über die regionalen Bedürfnisse der Bevölkerung des Kontinents als Ganzes hinausgehen. Diese nationalen Bedürfnisse müssen in Leitkriterien bei der Zuteilung münden, immer in Übereinstimmung mit den Menschenrechtsnormen und -standards", sagte Erika Guevara-Rosas.

Auch Amnesty International ist der Ansicht, dass ein gestärktes interamerikanisches Menschenrechtssystem in diesem historischen Moment unerlässlich ist. In diesem Zusammenhang fordert die Organisation die Mitgliedsstaaten der OAS und ihren Generalsekretär auf, [die Autonomie und Unabhängigkeit](#) der Organe des interamerikanischen Menschenrechtssystems zu respektieren. Darüber hinaus fordert die Organisation die Einrichtung unabhängiger Untersuchungsgremien, die eine angemessene Weiterverfolgung aller Beschwerden ermöglichen, die innerhalb der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (IACHR) aufgetreten sind. So wird sichergestellt, dass alle Garantien für die Vertragspartner und die Transparenz der öffentlichen Verwaltung eingehalten werden und – wo erforderlich - Verantwortlichkeiten festgestellt und Wiedergutmachungsmaßnahmen eingeleitet werden.



***"Die Staaten Amerikas sollten versuchen, ausschließlich nationale Ansätze bei der Zuteilung von medizinischen Behandlungen und eventuellen Impfstoffen gegen COVID-19 zu vermeiden. Die Bemühungen der internationalen Zusammenarbeit sollten sich darauf konzentrieren, die Verhängung bilateraler Abkommen zu vermeiden, die über die regionalen Bedürfnisse der Bevölkerung des Kontinents als Ganzes hinausgehen."***

sagte Erika Guevara-Rosas.

Eine Delegation von Amnesty International wird bei der 50. Generalversammlung der OAS anwesend sein und SprecherInnen werden für Interviews zur Verfügung stehen.

Den **Offenen Brief** von Amnesty International an die Organisation Amerikanischer Staaten vom 15. Oktober 2020 können Sie hier in englisch, spanisch und brasilianischem portugiesisch nachlesen:

**Americas: Open letter to the heads of State of American States on the occasion of the 50th General Assembly of the OAS**

<https://www.amnesty.org/en/documents/amr01/3023/2020/en/>

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe

Verbindlich ist das englische Original:

**Americas: The COVID-19 pandemic must not be a pretext for human rights violations**

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/10/americas-covid19-pandemic-not-pretext-human-rights-violations/>

